

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/11

16. Januar 1975

Berlin - Aufgabe und Verpflichtung

Starke und lebendige Bindung zwischen Staat und Bund

Von Prof. Dr. Alex Möller MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
Seite 1 und 2 / 74 Zeilen

CDU-Kampagne schadet Interessen der Bundesrepublik

Fakten zu den Verhandlungen um den Grenzverlauf an der Elbe

Von Dr. Jürgen Schmude MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
für Inneres

Seite 3 und 4 / 71 Zeilen

Die ganz große Tendenzwende

Wird die Gewalt in der Politik wieder salonfähig?

Seite 5 / 31 Zeilen

Bahn frei für den Wettbewerb!

Notwendige Feststellungen zum Thema Atomkraftwerksbau

Von Gerhard Flämig MdB  
Berichterstatler im Ausschuß für Energie, Forschung  
und Technologie des Europäischen Parlaments

Seite 6 bis 8 / 101 Zeilen

## Berlin - Aufgabe und Verpflichtung

---

Starke und lebendige Bindung zwischen Stadt und Bund

Von Professor Dr. Alex Möller MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat vor einigen Jahren die Umstellung des sogenannten Berlinhilfegesetzes aus für Berlin zwingenden strukturellen Gründen für unerlässlich gehalten und diesen ihren Standpunkt auf dem Parteitag der Berliner SPD am 8. März 1969 bei einmütiger Zustimmung der Delegierten dargestellt.

Am 22. Oktober 1969 erfolgte die Vereidigung der ersten Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition mit Willy Brandt als Bundeskanzler. Drei Tage später fanden in Berlin die ersten Verhandlungen des Bundesfinanzministers mit dem Senat über eine Änderung des sogenannten Berlinhilfegesetzes statt. Es bestand Übereinstimmung, daß die damaligen Berlinhilfemaßnahmen die Wirtschaftskraft Berlins nicht in optimaler Weise verstärken konnten. Diese Feststellung betraf die umsatzsteuerliche Begünstigung Berliner Lieferungen und die steuerliche Förderung der Arbeitnehmer.

Im ersten Fall der Umsatzsteuerpräferenzen hatte sich herausgestellt, daß die Umsatzhöhe als alleinige Bemessungsgrundlage nicht ausreichend sein konnte, weil die in Berlin bewirkte Wertschöpfung nicht einbezogen wurde. Im zweiten Fall war die Lohnsteuerpräferenz in ihrer Höhe zu wenig überschaubar und berücksichtigte den Familienstand des Arbeitnehmers völlig ungenügend. Nach eingehenden Verhandlungen und schwierigen Konsultationen in Berlin legte die Bundesregierung am 13. April 1970 einen Gesetzentwurf vor, der Vorschläge zu einer weitgehenden Neugestaltung und Neuorientierung der Umsatzsteuerpräferenzen sowie der steuerlichen Arbeitnehmerförderung enthielt und Anlaß gab, das "Berlinhilfegesetz" künftig als "Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft (Berlinförderungsgesetz)" zu bezeichnen.

Sehr schwierig war der konstruktive Versuch einer strukturell verbessernden Neuordnung der Umsatzsteuerpräferenzen, von dem in einem Bericht festgestellt wurde: "Hierbei handelt es sich um bemerkenswerte Wege und Ergebnisse, die Theorie und Praxis gemeinsam gefunden haben." Heute muß hinzugefügt werden, daß das 1970 weiterentwickelte, dann sehr kompliziert aussehende Präferenzsystem des Bundes für Berlin die Bewährungsprobe recht bald und überzeugend bestehen konnte. Einfacher waren die Strukturänderungen in dem zweiten großen Bereich der Lohnsteuerpräferenzen. Hier hat man sich sehr schnell auf das Prinzip, den Satz einer einheitlichen steuer- und sozialabgabenfreien Zu-

lage sowie auf die Zahlung von Kindergeld geeinigt.

Das Berlinförderungsgesetz ist nach eingehenden Beratungen im Deutschen Bundestag und seinem Finanzausschuß sowie mit Zustimmung des Bundesrates schon am 23. Juni 1970 im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Schneller konnte die sozial-liberale Koalition im Interesse Berlins nicht handeln.

Wie aber ist heute die Zensur? In einer Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagesfraktion heißt es am 19. September 1974: "Ziel des Berlinförderungsgesetzes ist es, längerfristige Nachteile, die sich aus der besonderen Lage Berlins ergeben, auszugleichen. Die im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen haben sich insgesamt gesehen bewährt. Sie haben sich als wirksame Hilfe für die Einwohner Berlins und für die Berliner Wirtschaft erwiesen."

Bei dem Gespräch, das der Bundeskanzler am 16. Dezember 1974 über Sicherung und Ausbau der Berliner Wirtschaft in Berlin geführt hat, erklärte der Senator für Wirtschaft, Dr. Karl König: "Von einer allgemeinen Verstärkung der Berlin-Förderung können nach Lage der Dinge zusätzliche wirtschaftliche Impulse kaum erwartet werden. Die Karte der Berlin-Präferenzen ist - zumindest was ihren quantitativen Umfang angeht - im wesentlichen, vielleicht mit der Ausnahme einer verstärkten Förderung überregionaler Dienstleistungen, ausgereizt." Der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, Walter W. Cobler, hat sich dieser Beurteilung wie folgt angeschlossen: "Wir halten die Berlinförderung alles in allem für richtig konstruiert. Abstriche sind nicht möglich. Es braucht aber auch im Augenblick nicht mehr getan zu werden. Darin stimme ich mit Herrn König voll überein."

Der Mann, dem das größte Verdienst am Zustandekommen des Berlinförderungsgesetzes und seinem hohen Wirkungsgrad zuzusprechen ist, unser verstorbener Freund Klaus Dieter Arndt, hat bei der Einbringungsgespräch im Deutschen Bundestag als Parlamentarischer Staatssekretär festgestellt: "Diese Vorlage ist erstens wachstumsbezogen, zweitens sozial gerecht und dient drittens der Förderung der mittelständischen Wirtschaft in Berlin. Für diese Summe an wichtigen Ergänzungen und Verbesserungen kann man sich erlauben, das Wort 'Reformwerk' zu verwenden. Als ein Reformwerk hat es die Bundesregierung auf Vorschlag des Bundesministers der Finanzen auch nicht mehr 'Berlin-Hilfegesetz' nennen wollen, sondern 'Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft': Kein Akt der Hilfe, kein Akt der Caritas für die Menschen in Berlin, sondern Förderung eines wirtschaftlichen Zentrums."

Seine Schlußbemerkung in dieser Bundestagsrede lautete: "Die Beratung dieses Gesetzes im heutigen Zeitpunkt ist ein Zeichen dafür, daß diese Stadt nicht nur zum Bund steht, sondern daß nach wie vor und stärker als zuvor auch der Bund zu Berlin steht."

Das war und bleibt für uns Sozialdemokraten Aufgabe und Verpflichtung.  
(-/16.1.1975/ks/pr)

+ + +

CDU-Kampagne schadet Interessen der Bundesrepublik

Fakten zu den Verhandlungen um den Grenzverlauf an der Elbe

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Die Gemeinsamkeitsappelle für die Ostpolitik sind noch nicht verhallt, da wird schon von Oppositionspolitikern ohne Rücksicht auf Tatsachen und Verluste eine neue Konfrontation aufgebaut. Die Sprache paßt sich dem Stil der bisher von der Opposition betriebenen Auseinandersetzungen voll an. Da ist von Verschenken und Verzicht, ja sogar von Verrat die Rede.

Die Verantwortlichen für derartige Scharfmacherei wissen es aber besser. Die Bundesregierung hat die Vorgeschichte und den Verlauf der Gespräche über die Grenze zur DDR im Elbeabschnitt vor Ausschüssen des Deutschen Bundestages und einer Reihe von Politikern der CDU/CSU wiederholt ausführlich, wenn auch vertraulich dargelegt. Im Interesse einer möglichst guten Ausgangsposition unserer Delegation bei den Gesprächen der Grenzkommission sind Vertraulichkeit und Geheimhaltung bei einigen wichtigen Punkten in diesem Bereich unerlässlich. Eben das scheint Oppositionspolitikern die Sicherheit zu geben, daß sich die Bundesregierung gegen demagogische Anwürfe, sie verschenke Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, nicht mit Hilfe aller an sich zur Verfügung stehenden Argumente wehren kann. Mit blankem Zynismus wird von der Bundesregierung verlangt, daß sie wesentliche Vorgänge weiterhin vertraulich behandelt, gleichzeitig aber wird auf sie eingedroschen, als ob es solche Vorgänge nicht gäbe.

Unzweifelhaft hat die Grenzkommission den genauen Grenzverlauf festzustellen und zu markieren. Maßgebend sind dafür die Festlegungen des Londoner Protokolls vom 12. September 1944 und abweichende spätere Vereinbarungen der damaligen Besatzungsmächte. Diese durch Protokollerklärungen zum Grundvertrag mit der DDR umrissene Aufgabe der Grenzkommission schließt nicht im geringsten die Befugnis ein, die Grenze zur DDR zu verändern und über Hoheitsgebiet des einen oder anderen Staates zu verfügen. Würde unsere Delegation in der Grenzkommission ihre Befugnis überschreiten und das tun, wessen sie lauthals beschuldigt wird, so wäre die Verfassungswidrigkeit solcher Maßnahmen evident. Dar

Gang nach Karlsruhe müßte den Kritikern in der Opposition einen leichten Erfolg bescheren.

Gerade diesen Schritt, der gegen die angebliche Fehlhaltung der Bundesregierung doch eigentlich selbstverständlich sein sollte, kündigt die Opposition bisher nicht an. Stattdessen läuft eine Kampagne der Demagogie, die gleichermaßen dem Ansehen der Bundesregierung schadet und die Bevölkerung im Grenzbereich in Unruhe versetzen soll. Geschadet wird dabei vor allem den Interessen unseres Landes. Die in dieser üblen Weise angegriffene Bundesregierung wird genötigt, auf Gesichtspunkte hinzuweisen, die nicht ohne weiteres für den Verlauf der Grenze am Ostufer sprechen.

Vergeblich wartet die Bundesregierung bisher auf Unterstützung durch diejenige Solidarität, die beim Rechtsgespräch über kontroverse Interessen mit einem anderen Staat selbstverständlich sein sollte. Statt dessen provozieren die innenpolitischen Angreifer in einer mutwillig entfachten Kontroverse das öffentliche Aussprechen von Argumenten, deren Erwähnung eigentlich nur im Interesse der anderen Seite liegen kann.

Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Granzkommission hat bei der inzwischen abgeschlossenen Feststellung des Grenzverlaufs in der Lübecker Bucht und der damit verbundenen Vereinbarung über den Fischfang gezeigt, daß sie die Interessen unseres Landes und seiner Bürger zuverlässig und geschickt wehrzunehmen weiß. Die von allen Seiten beifällig aufgenommenen Absprachen über die Lübecker Bucht sollten der Delegation ein Vertrauenskapital verschafft haben, das sie vor leichtfertigen Verdächtigungen und schweren Anschuldigungen bewahrt.

Auch im Elbebereich geht es darum, die Rechtsposition der Bundesrepublik vorteilhaft zur Geltung zu bringen und zugleich durch die Regelung wichtiger praktischer Fragen spürbare Verbesserungen für die betroffene Bevölkerung zu erreichen. Schließlich ist der Elbeabschnitt bislang ein Bereich, in dem Ungewißheit über die Ausübung der Hoheitsgewalt durch Organe der DDR und Unsicherheit über die Grenzen der Sportschiffahrt das Fehlen einer befriedigenden und klaren Regelung offensichtlich machen.

Übersteigerte Anforderungen, die das Heil ausschließlich in der Betonung von Rechtstandpunkten sehen, wird die Bundesregierung bei der Regelung der offenen Fragen im Elbebereich so wenig erfüllen können wie irgendwo sonst in der Politik gegenüber der DDR und anderen Ostblockstaaten. Sicher ist es u.a. ein taktischer Zug der Opposition, durch solche Anforderungen den Eindruck des Scheiterns der Bundesregierung bei ihren Bemühungen um die Verbesserung der Lage in Deutschland zu erwecken. Leider besteht darüber hinaus die Befürchtung, daß maßgebliche Kräfte in der CDU/CSU gegenüber der DDR eine Politik lautstarker Deklamationen auf der Grundlage von Illusionen ernsthaft betreiben sehen wollen. Das zeigt, was wir auf diesem Gebiet von einer CDU/CSU-Regierung zu erwarten hätten: den vor 1969 erlitten Stillstand und also auch Rückschritt.

(-/16.1.1975/ka/pr)

\* \* \*

Die ganz große Tendenzwende

Wird die Gewalt in der Politik wieder salonfähig?

Es scheint, als habe die vielbeschworene Tendenzwende auch auf der Ebene der Weltpolitik Platz gegriffen. Ob man die Erklärung des amerikanischen Außenministers, die USA schlossen eine militärische Intervention im Falle einer "Strangulierung der industrialisierten Welt" durch ein neues arabisches Öl-Embargo nicht aus, als Kanonenbootpolitik bezeichnet oder ob man in ihr eine vom Verantwortungsbewusstsein einer Weltmacht getragene Mahnung an politisch nicht eben hochentwickelte Kräfte sieht, es nicht bis zum Äußersten zu treiben - ein Phänomen stellt sich in jedem Fall dar: Der Umgang mit der Gewalt als einem Mittel der Politik; im Grunde das Kalkül mit dem (wenn auch nur kleinen) Krieg als "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln".

Man mag einwenden, dieses Prinzip sei tatsächlich nie außer Kraft gewesen. Wenn dem so ist, so war dieser Sachverhalt doch vielen entfallen, und die ganz jungen Leute hierzulande haben ihn nie wirklich erfahren. Der Vietnam-Krieg hatte eine ungeheure moralisch auf-rüttelnde Wirkung, aber er symbolisierte doch mehr die Verstrickung einer Weltmacht in die Gewalt als ein kaltblütiges Spekulieren mit ihr in Friedenszeiten. Viel mehr bestimmte in unserer politischen Welt seit Jahren das immer wieder - und ja keineswegs als Lippenbe-kennnis - bekräftigte Prinzip des Gewaltverzichts, ja der Ächtung der Gewalt, Atmosphäre und Kategorien des Denkens. Im Schatten des atomaren Patts schien endlich eine höhere Qualität internationaler politischer Umgangsformen gereift zu sein. Gewalt schien an irgend-welche Randzonen verbannt.

Jetzt wird sie unbemüht als jederzeit realisierbare Möglich-keit wieder ins politische Zentrum der entwickelten Welt gerückt. Als sei gar nichts dabei. Wiederbelebung vergangener geglaubter Epochen? Ein Trost: Auch Tendenzwenden werden immer wieder gewendet.

Claus Preller  
(-/16.1.1975/bgy/or)

+ + +

Bahn frei für den Wettbewerb!

Notwendige Feststellungen zum Thema Atomkraftwerkbau

Von Gerhard Flämig MdB

Berichterstatter im Ausschuß für Energie,  
Forschung und Technologie des Europäischen Parlaments

Die UdSSR möchte gern von der Bundesrepublik ein Zwillings-Kernkraftwerk bei Königsberg (Kaliningrad) bauen lassen und mit Stromlieferungen bezahlen. Hartnäckig hält sich auch das Gerücht, die DDR habe zu erkennen gegeben, auch sie sei an einem westdeutschen Kernkraftwerk im Raum Magdeburg interessiert. Und auch sie beabsichtige, die dafür notwendigen Devisen in Form von Stromlieferungen an die Bundesrepublik und West-Berlin durch die Hintertür wieder hereinzubekommen.

Schon eines der beiden Projekte wäre ein Milliarden-Geschäft für die Kraftwerk-Union KKW und ihre Unterlieferanten, ein Großauftrag, der genau in die konjunkturelle Landschaft passen würde. Aber da sind Schwierigkeiten aufgetaucht. Einwände werden erhoben von unseren Verbündeten, die zufällig in dieser Branche zugleich unsere großen Konkurrenten sind. Schwierigkeiten gibt es auch mit der DDR, denn sie müßte ihre Zustimmung geben für eine gewaltige Hochspannungsleitung aus den Masuren nach West-Berlin und in die Bundesrepublik. Da die DDR die Hoffnung offenbar noch nicht aufgegeben hat, daß ihr West-Berlin eines Tages wie eine reife Frucht in den Schoß fällt, würde sie gern den Plan einer Umkehrleitung zwischen Königsberg, der Bundesrepublik und West-Berlin hintertreiben. Eine Stichleitung von Magdeburg nach West-Berlin und die danach geschaffene Abhängigkeit der Halbestadt vom guten Willen der DDR würde ihr recht gut ins Konzept passen. Wenn man annimmt, daß die Führungsmacht Sowjetunion in der Lage ist, die DDR zum Einlenken zu veranlassen, bleiben immer noch die Argumente unserer Verbündeten, die über ihren Koordinierungsausschuß COCOM in Paris bereits vorgebracht worden sind.

Wie steht es also mit dem Sicherheitsrisiko? Trifft es zu, daß die westdeutsche Technologie Anlaß bietet, echte Sicherheitsbedenken vorzubringen?

Hierauf wäre zu erwidern, daß die Sowjetunion keine A-Bomben- oder H-Bomben-Fabrik kaufen will, zumal sie selbst über militärisches Atom-

potential bis zur overkill-Kapazität verfügt. Die Kernkraftwerke, an denen sie interessiert ist, sind keine Geheim-Anlagen. In der Vergangenheit wie in der Zukunft ist es für die Sowjetunion überhaupt kein Problem, sich Kenntnis über technische Einzelheiten der Kernkraftwerke vom Typ Biblis oder Stade zu verschaffen bzw. die Ursachen für die Pannen im Kernkraftwerk Würgeßen zu studieren. Es darf angenommen werden, daß nicht nur der Westen, sondern auch der Osten recht gut informiert darüber ist, wie sich die westdeutsche Kern-Technologie Schritt für Schritt entwickelt. Deshalb können die Sicherheitseinwände des Pariser COCOM im Ernst nicht aufrecht erhalten werden. Kanada und Frankreich sind ja auch bereits davon abgerückt. Großbritannien hält sich noch zurück. Aber die USA bestehen bis auf weiteres darauf.

Es gibt böse Zungen, die behaupten, man sage jenseits des Atlantiks Sicherheit und meine Wettbewerbsvorteile. Doch ganz so einfach ist das doch nicht. Zum einen haben sich die Kernkraftwerksbauer in den USA längst schon eine Art Monopolstellung auf dem Weltmarkt gesichert. Mit allerlei Tricks verstanden sie es in den letzten Jahren, insbesondere die deutsche Konkurrenz ganz schön an die Wand zu drücken. Zwei oder maximal vier Kernkraftwerke-Aufträge an die deutsche Konkurrenz würden die US-Kraftwerksindustrie also wahrlich nicht in Existenzsorgen bringen.

Dagegen ist tatsächlich nicht ganz auszuschließen, daß die cleveren amerikanischen Wirtschaftsstrategen etwas anderes fürchten: Ja ein hochmodernes westdeutsches Zwillinge-Kernkraftwerk in der UdSSR und vielleicht auch in der DDR würden diesen beiden bedeutendsten Industriemächten des Ostblocks die Möglichkeit des Studiums hochentwickelter westlicher Technologie, speziell der Metallurgie, unter Betriebsbedingungen verschaffen. Eines Tages könnte die Sowjetunion dann als zusätzlicher Konkurrent auf dem Weltmarkt auftreten, was wegen der Tatsache besonders ernstzunehmen wäre, daß diese Großmacht auch über große Vorräte an Natururan und angereicherten Kernbrennstoffen verfügt.

Diese Gefahr ist tatsächlich nicht ganz von der Hand zu weisen. Der Westen steht hier also vor der Notwendigkeit einer Güterabwägung: Erschwerung der Konkurrenz durch den Osten oder Ermöglichung eines echten



Wettbewerbe Ost/West? Hierzu wäre festzustellen, daß die Technik ohnehin rasch voranschreitet. Bisher waren die westlichen Industriebetriebe durchaus in der Lage, im technologischen Wettbewerb dem schwerfälligen östlichen Wirtschaftssystem davonzueilen. Und Wettbewerb hat noch nie geschadet!

Eine ganz andere Frage ist es, inwieweit der Atomwaffensperrevertrag einem Kernkraftwerkgeschäft zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion entgegensteht. Der NV-Vertrag verbietet es der Bundesrepublik, spaltbares Material von einem Staat entgegenzunehmen und an diesen zu liefern, wenn er sich nicht den Kontrollen durch die Internationale Atomenergie-Agentur unterwirft. Die DDR hat den NV-Vertrag ratifiziert, und sie ist bereit, ihre Anlagen jederzeit durch die IAEA kontrollieren zu lassen. Die Sowjetunion lehnt das nach wie vor ab. Spricht diese Tatsache vielleicht dafür, Königsberg zunächst zurückzustellen und Magdeburg ins Auge zu fassen?

Bleibe die Frage der Versorgungssicherheit für die Bundesrepublik bei möglicher Abhängigkeit vom Ostblock. Nun: Selbst wenn vier Blöcke à 1.200 Megawatt in das westdeutsche Verbundnetz einspeisen würden, machte dies nur fünf bis sechs vH. des Strombedarfs aus. Das ist noch keine Abhängigkeit und wäre im Fall des Falles zu verkraften.

Trotzdem hat ein West-Berliner CDU-Politiker den Vorschlag gemacht, ein unterirdisches Kernkraftwerk auf West-Berliner Territorium zu errichten. Dieser Vorschlag hat bei Fachleuten mehr Heiterkeit als ernsthafte Betrachtungen ausgelöst. Ein unterirdisches Kraftwerk im märkischen Sand würde nämlich nicht nur erhebliche technologische Probleme hinsichtlich der Kühlung, der Abluft usw. auf, es wäre auch unter wirtschaftlichen Bedingungen niemals wettbewerbsfähig zu machen.

Wie wird es also weitergehen? Die Bundesregierung wird sich bemühen, COCOM davon zu überzeugen, daß Sicherheitsbedenken unbegründet sind. Sie sollte zugleich die amerikanischen Energiewirtschaftler am Portepes fassen. Schließlich genügt es, daß die USA bereits bessere finanzielle Bedingungen auf dem Kernkraftwerkemarkt bieten und damit im Wettbewerbsvorteil sind. Deshalb sollte die amerikanische Konkurrenz den technischen Wettbewerb ruhig freigehen. In bezug auf die großen Vorteile der Marktwirtschaft hat gerade die Bundesrepublik in der Nachkriegszeit ihre Lektion gelernt. Sie ist ein treuer Verbündeter der Amerikaner in einer Wirtschaftswelt, die von Protektionismus und Monopolbildung bedroht wird. Der Ausruf des Marquis de Saade: "Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!" sollte deshalb heute abgewandelt werden in: Sire, geben Sie Wettbewerbsfreiheit!  
(-/16.1.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller